

Das demokratische Unternehmen (1)

Eigentümer betrachten Unternehmen primär als Geldmaschinen. Dabei sollten Unternehmen doch vorrangig darauf ausgerichtet sein, die Bedarfe in der Bevölkerung zu befriedigen. Wie lässt sich das erreichen? Indem Unternehmen nur noch sich selbst gehören. Diese neue Form der Wirtschaftsdemokratie bildet den Kern der BEconomics.

In diesem ersten Teil zeige ich spezifische Probleme herkömmlicher Unternehmen auf. Diese Ausführungen dienen als Basis für [Teil 2](#), in dem ich dir das BEC (BEconomics Company) vorstelle. Das BEC ist so modelliert, dass es in erster Linie eine gute und möglichst gleichmäßige Versorgung der Menschen im Auge hat.

Unternehmen haben eine **Wahnsinnsbedeutung** für das Funktionieren der Wirtschaft, ja der gesamten Gesellschaft. Sie bilden die Organisationseinheiten, die die Bevölkerung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen versorgen. Handele es sich um unser täglich Brot, das Feierabend-Bier, den Krimi um Zehn oder um die Bettdecke, mit der wir uns zum Nachtschlaf umhüllen. Unternehmen bauen uns Fahrräder. Sie sorgen dafür, dass wir ins Internet kommen. Und sie ermöglichen es uns, dass wir nicht mehr alles in bar bezahlen müssen, sondern uns per digitaler Transaktion ehrlich machen können. Die Liste ließe sich beliebig und stundenlang fortführen. Wohin man schaut: Unternehmen.

In der kapitalistischen Marktwirtschaft stehen Unternehmen, wie eben der Name schon sagt, mehr fürs Nehmen als fürs Geben.

Die kapitalistische Marktwirtschaft bekommt es scheinbar ganz

gut hin, die verschiedensten Bedarfe der Menschen zu decken. Scheinbar. Die Grundidee und damit zugleich das zentrale Problem des Kapitalismus ist aber: Unternehmen bzw. deren Eigentümer haben den egoistischen Anreiz, mit dem Unternehmen möglichst viel Geld einzunehmen. Dazu müssen sie die Bedarfe in der Bevölkerung erkennen und qualitativ hochwertige Produkte zu möglichst günstigen Preisen herstellen. Das vermeintliche Druckmittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist das **Wettbewerbsprinzip**. Denn eine Vielzahl von Unternehmen steht in Konkurrenz zueinander – auf nationaler wie internationaler Ebene.

Doch wie sieht die Realität aus? Hier eine kurze (unvollständige) Auswahl von Verwerfungen, die das herrschende System erzeugt:

- Das Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage, lautet ein Credo der Marktwirtschaft („Say’sches Theorem“). Dies führt dazu, dass Unternehmen mit Hilfe von Marketing-Maßnahmen **künstliche Bedürfnisse** erzeugen (Trends und Hypes), was Ressourcen bindet, die man anderswo sinnvoller einsetzen könnte.
- **Marketing**-Maßnahmen sind oft sehr teuer und werden eingesetzt, um die Vorteile des eigenen Produkts gegenüber denen der Konkurrenz hervorzuheben. Dies sind größtenteils **überflüssige Ausgaben**, die zudem weniger die spezifischen Vorteile / Eigenschaften des Produkts vermitteln und stattdessen die potentiellen Käufer mit einem vermeintlich einzigartigen Lebensgefühl überreden wollen. Bestes Beispiel dafür ist die Auto-Werbung, die die fahrbaren Untersätze durch dieses Lifestyle-Getue nur unnötig verteuert – und zwar wesentlich.
- Viele, nicht alle Unternehmen produzieren langlebige Konsumgüter auf eine Weise, dass sie eben **nicht langlebig** sind, sondern nach einer gewissen Zeit durch neue ersetzt werden müssen. Wir reden hier von der viel zitierten Glühbirne genauso wie vom Computer-Drucker,

bei dem ein Teil kaputtgeht, das aber nicht ersetzt oder nur mit großem Aufwand repariert werden kann. Die Politik braucht hier Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte, um gegen solche Praktiken („geplante Obsoleszenz“) vorzugehen.

- Durch das Wettbewerbsprinzip werden **unsinnige Parallelstrukturen** in der Wirtschaft geschaffen. Wenn ein Konzern den anderen schluckt, wird dies in aller Regel damit begründet, dass so neue Synergien gehoben werden könnten. Warum aber nicht von vorherein größtmögliche Synergien schaffen, um die Produktionskosten und damit auch die Preise möglichst gering zu halten?
- Nur wenige Unternehmen setzen sich glaubwürdig für eine ökologische Nachhaltigkeit ein. Die meisten betrachten einschlägige Vorschriften als überflüssige staatliche Regulierung und wollen lieber selbst darüber bestimmen, was sie in Sachen Nachhaltigkeit tun oder nicht tun. **Lobbyisten von Verbänden und Unternehmen versuchen immer wieder, Umweltbestimmungen aufzuweichen** oder vollständig zu verhindern. Dies zeigt, dass konsequente Nachhaltigkeit und der entschiedene Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe mit rein marktwirtschaftlich organisierten Unternehmen nicht wirklich möglich ist.
- Die Eigentümer von Unternehmen wollen in erster Linie ihr eingesetztes Kapital verzinst sehen. Darauf ist in erster Linie das Management eines Unternehmens verpflichtet, werden doch Unternehmen auch in der Öffentlichkeit **daran gemessen, ob sie Gewinn machen** und, wenn ja, wie viel im Vergleich zum Vorjahr. Mehr, mehr, mehr –heißt das Prinzip. Dazu sind ihnen viele Mittel recht wie etwa die Verlagerung der Produktion in Billiglohn-Länder, möglicherweise zu unfairen Arbeitsbedingungen. Aber warum werden Unternehmen nicht danach bewertet, wie gut sie die Bedarfe der Menschen

decken, wie gut sie ihre Beschäftigten behandeln und wie klimafreundlich sie produzieren?

Was bleibt unter dem Strich als **Erkenntnis**? In der kapitalistischen Marktwirtschaft stehen Unternehmen, wie eben der Name schon sagt, mehr fürs Nehmen als fürs Geben. Dabei sollten Unternehmen doch primär fürs Geben und erst an zweiter Stelle fürs Nehmen stehen.

<https://economics.coach/wp-content/uploads/2025/03/Supermarktregal-Blonde-Frau-Verwirrt-Upgradeclub-E.mp4>

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Und wer aus besonders vielen bunten, aber doch ziemlich ähnlichen Produkten auswählen darf/muss, wird noch mehr gequält. Video: Upgradeclub / Envato

Welchen **Folgen** hat das? Bestimmte schädliche Unternehmensformen sind schlichtweg **überflüssig**:

- **Börsennotierte Aktiengesellschaften:** Diese werden von Investmentgesellschaften wie Black Rock sowie Staatsfonds aus dem Mittleren Osten und reichen Industrieländern dominiert. Diese sind vor allem auf eine hohe Rendite aus. Für finanzkräftige Einzelanleger gilt das Gleiche. Und auch Kleinanleger investieren ihr Geld in Aktien und Aktienfonds, um ihr Kapital zu mehren (z.B. für die Altersvorsorge). Diejenigen, die vor allem in ökologisch und sozial nachhaltige Projekte investieren, bilden eine verschwindend geringe Minderheit. Der Börsenhandel mit Aktien und erst recht mit anderen hochspekulativen Finanzinstrumenten (Derivate) gehört abgeschafft (anders sieht es mit Unternehmensanleihen aus | tba). Der staatlich genehmigte Casino-Kapitalismus ist so überflüssig wie ein Kropf.
- **Andere bestehende Formen von Personen- und Kapitalgesellschaften** wie nicht-börsennotierte AGs, GmbHs, Kommanditgesellschaften, Offene Handelsgesellschaften usw.: Viele dieser

Gesellschaftsformen stehen für den gerade in Deutschland viel gerühmten Mittelstand und dabei insbesondere für Familienunternehmen. Dieses ist immer noch umwoben vom Mythos des manchmal harten, aber meist doch gutherzigen Patriarchen, der seine Beschäftigten treu umsorgt. Solche Menschen gibt es sicher. Es handelt sich aber um medial hochgekochte Einzelfälle. Selbst wenn es so wäre: Warum sollte man sich letztlich der Willkür eines einzelnen Bestimmers oder eines Familienclans aussetzen?

Um den üblichen Verdächtigungen zuvorzukommen, sollte auch betont werden, dass mit dem BEconomics-Modell kein Comeback von „Staatsunternehmen“ jedweder Form herbeigeseht wird. Denn auch diese weisen ziemlich üble Geburtsfehler auf. Um welche Arten von Unternehmen geht es konkret?

- **Staatliche Unternehmen der Bundesrepublik**, wie sie bis in die 1990er Jahre hinein existierten. Wie zum Beispiel Bundespost, Bundesbahn und Lufthansa sowie auch andere inzwischen längst privatisierte Konzerne. Das Problem von Staatsunternehmen in Marktwirtschaften besteht darin, dass sie oftmals über staatlich garantierte Monopole verfügen und somit bei wenig ausgeprägter Kundenorientierung die Preise diktieren können. Der Staat kann sie als Cash Cow für den eigenen Haushalt missbrauchen, muss aber ständig Steuermittel zuschießen, wenn das Staatsunternehmen trotz seiner Monopolstellung defizitär arbeitet. Staatsunternehmen in der alten Bundesrepublik standen zudem in dem Ruf, eine ausbaufähige Produktivität zu haben („Beamtenmentalität“).
- **Staatsunternehmen der DDR**, sogenannte Volkseigene Betriebe (VEB). Die Problematik war teilweise eine ähnliche wie bei ihren Pendants im Westen. Erschwerend kam aber hinzu, dass die VEB in eine Planwirtschaft eingebettet waren, die immer wieder zu Koordinationsproblemen mit den Zulieferbetrieben führte.

So kam es immer wieder zu ungewollten Produktionsstopps, weil Teile nicht rechtzeitig geliefert werden konnten. Ein weiteres gravierendes Problem bestand darin, dass Parteisekretäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) den VEB-Direktoren beigeordnet waren und oft das letzte Wort hatten. So hatte das ideologisch-politische Dogma bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen allzu oft mehr Gewicht als der ökonomische Sachverstand.

Was schließen wir aus all dem? Unternehmen sollten weder schnöden Rendite-Interessen noch einem direkten staatlich-politischen Zugriff ausgeliefert sein, sondern sich voll auf die Deckung der ökonomischen Bedarfe konzentrieren können. Deshalb sollten Unternehmen keine Eigentümer haben, sie sollten nur sich selbst gehören. Wie das funktionieren kann, erkläre ich in [Teil 2](#).

Deine TEC-Learnings:

- Unternehmen in der kapitalistischen Marktwirtschaft setzen ihre Priorität auf das Erzielen von Gewinnen, um so das Hauptinteresse ihrer Eigentümer, die Rendite, zu befriedigen.
- Das bestehende System zeichnet sich durch eine Vielzahl von strukturellen Dysfunktionen aus, was sie genauso ineffizient wie ineffektiv macht.
- Aber auch Unternehmen in staatlicher Hand (BRD wie DDR) weisen zahlreiche Nachteile auf, vor allem den mehr oder minder starken politischen Einfluss.